

MBI - Wählergemeinschaft Mülheimer Bürger Initiativen

MBI-Geschäftsstelle:
Tel.: 3899810 Fax: 3899811



Kohlenkamp 1, 45468 Mülheim
e-mail: mbi@mbi-mh.de, Internet: www.mbi-mh.de

MBI

Rück- und Ausblick von 2016 auf 2017

Die besorgniserregende Weltlage, die vielen barbarischen Terrorakte, die unregelmäßige Völkerwanderung speziell nach Deutschland und die Missachtung von Demokratie und Rechtsstaat an vielen Stellen der Erde haben auch 2016 alles überlagert und in den Hintergrund gedrängt.

Nach den Auflösungserscheinungen 2016 nun in 2017 ein Neuanfang oder größere Zusammenbrüche?

Brexit, Trump, Putin, Erdogan, Aleppo, Volksentscheid Italien, Terroranschläge am Fließband und vielerorts... **Das schlimme Jahr 2016 endete auch in Deutschland mit wenig hoffnungsvollen Geschichten** wie dem Anschlag auf den Berliner Weihnachtsmarkt und der offenkundig erschreckenden Hilflosigkeit bis Blauäugigkeit des Staates. Noch schlimmer aber waren wahrscheinlich die Meldungen von brutalen Übergriffen von Flüchtlingen auf einen wehrlosen Obdachlosen in Berlin und auf hilflose Rentner woanders. Und das in einer Situation, wo der orientierungslos gewordene Staat mit großen Polizeieinsätzen Kirchen zu Weihnachten und beliebte Plätze für Silvesterfeiern schützen muss.

Der gewöhnliche Ureinwohner oder früher Zugewanderte fühlt sich nicht mehr sicher in der Multi-Kulti-Republic, die die Kontrolle verloren hatte und immer noch gehindert wird, das nachzuholen.

Eurokrisen am Fließband, der bevorstehende EU-Austritt der Briten, die Völkerwanderung Richtung EU, die Entwicklung der Türkei in Richtung offene Diktatur, die sich auch noch mit dem vorherigen Erzfeind, dem autokratisch regierten Russland, verbündet - auch und besonders gegen die EU, und in den USA mit Trump drohender Protektionismus, dazu Krisen, wohin man schaut, von Rio, Kapstadt, Mexiko bis Caracas u.v.m..

Von fast allen Seiten gerät die EU unter Druck und das, wo diese sich in der größten Zerreißprobe sowie Legitimationskrise seit ihrer Gründung befindet. Das Vertrauen in die bisherigen Eliten auch der meisten EU-Staaten ist ernsthaft erschüttert, was sich nicht nur in großen Wahlerfolgen von FPÖ, AfD, Front National u.v.m. zeigt. **Auch im noch wirtschaftsstarken Deutschland driftet die Bevölkerung bedrohlich weiter auseinander.** Es knirscht auf allen Ebenen, nicht zuletzt in der Krisenregion Ruhrgebiet. Auch in Mülheim fällt es schwer, anstehende Probleme noch sachgerecht zu bearbeiten. Der Stadtrat, der nur 2 Jahre nach der Wahl ob der vielen Überläufer das Wahlergebnis kaum noch widerspiegelt, beschäftigt sich entweder mit sich selbst oder nickt ab, was die Verwaltung will oder vertagt aus lauter Ratlosigkeit.



In normalen Zeiten könnten die MBI zurückblicken auf eine außergewöhnliche Erfolgsbilanz 2016, doch in diesen wirren Zeiten geht auch das fast völlig unter.

Die MBI haben auch in 2016 viele der wirklich wichtigen Problemstellungen bearbeitet und Anträge, Anfragen oder Vorschläge eingebracht, ob zur ÖPNV-Dauerkatastrophe, zum Erhalt der VHS an der MüGa, zur überfälligen Schulentwicklungsplanung, zu dem akuten Handlungsbedarf bei der Realschule Broich, zur Innenstadtkrise, zur missratenen Verkehrsführung, zum drohenden erneuten Baustellenchaos, zum Anwohnerparken in der Altstadt, zur Verlagerung des Fallwerks Weseler Str., zum Entenfang, zum geplanten Flüchtlingsdorf am Papenbusch, zum Flüchtlingsdorf auf dem Schulhof Blötterweg, zum Wochenmarkt, zum überfälligen Abstoßen der RWE-Aktien oder zum erhöhten Druck von Immobilienspekulanten auf Grün- und Freiflächen insbesondere in schützenswerten Klimaschneisen und Außenbereichen wie am Auberg oder an der Tinkrathstr...

Hätte man nur öfter und früher auf die MBI gehört

Etliche Themenfelder, in die die MBI zuvor sehr viel Zeit, Energie und Engagement gesteckt haben, konnten in 2016 nach und nach endlich in unserem Sinne abgehakt werden!

Mülheim 2016: Chaos pur, in der Stadt mit Ruhr?!

Frau ex-OB Mühlenfeld hat der Stadt ein sehr schwieriges Erbe hinterlassen:

Katastrophale Haushaltslage, sogar bilanziell hoch überschuldet, zu große Abhängigkeit vom abstürzenden RWE-Konzern und ein hoher Privatisierungsgrad der Daseinsvorsorge, so dass das ÖPNV-Desaster, die Innenstadtkrise, die vermurkste Verkehrsführung und, und, und kaum noch ohne Brüche lösbar sind.

Immer wieder hatten die MBI auch gefordert, dass Frau Mühlenfeld ihren höchst lukrativen Sitz im RWE-Aufsichtsrat abgeben müsse, weil sie nach dem Ausscheiden als OB die Stadt nicht mehr vertreten kann. Doch Fehlanzeige, auch den lokalen Medien war das lange keine Silbe wert! Schließlich wurde sie von der Hauptversammlung über Frauenquote wieder in den Aufsichtsrat gewählt und darf ab jetzt die üppigen Tantiemen von mind. 130.000 Euro ganz behalten. Da hat sich ihre OB-Tätigkeit auch gelohnt, gell!

Wer gehofft hatte, mit dem neuen OB würde sich viel ändern, sah sich allerdings getäuscht. Mehr Transparenz ist inzwischen noch weniger zu erkennen, dafür bedenkliche Mauschelpolitik und Durchpeitschen bedenklicher Entscheidungen, mal mit der CDU, dann mit den Grünen, oft auch der FDP oder bei Bedarf Herrn Tuncer. Im Windschatten des allgemeinen Durcheinanders seit Beginn der sog. Flüchtlingskrise wurden auch in Mülheim so nebenbei lange strittige Themen eben mal im Sinne der SPD und ihrer Verwaltung „geregelt“. Einige Beispiele aus 2016, die wie aus vergangenen geglaubten Zeiten sind:

- Zu Spekulationsverlusten durch Zinswetten Vergleiche mit den Banken zum Nachteil der Stadt,
- CDU-Umfaller zur Flughafen-Frage und die nächste Bestandsgarantie, nun bis 2024, für den Fluglandeplatz,
- die Verlängerung der medl- und SWB-Verträge mit dem RWE auf weitere 20 Jahre und das kaltschnäuzige Abmucken des Bürgerbegehrens dagegen,
- der Husarenstreich in allerbesten Ruhrgebietsfilzmanier mit Bonan als ÖPNV-Geschäftsführer und Mendack als Kämmerer, eine zweifach beschämende und einer Demokratie unwürdige Geschichte!
- zwei vollends unseriöse Haushalte in Folge, die dennoch jeweils mit knappen Mehrheiten unter bedenklichen Bedingungen von SPD und Grünen verabschiedet wurden.

Aus MBI-Sicht hatte das Jahr 2016 trotz alledem viele Erfolgsmeldungen zu bieten, z.B. die endgültige Verlagerung des leidigen Fallwerks vom Rande der Wohngebiete in Speldorf, die Wiederbelebung des Depot Speldorf, das Anwohnerparken in der Altstadt, der fast endgültige Erhalt des VHS-Standortes am MüGa-Rand, die Wiederaufnahme der Realschule Broich in die Prioritätenliste, dass für das geplante Baugebiet auf dem Acker Tinkrathstr. doch einer neuer B-Plan aufgelegt wird, die bevorstehende Wiedereröffnung der Anlegestelle der Weißen Flotte in Mintard usw.usf..... In anderen Punkten wie dem unsäglichen Flüchtlingsdorf auf dem Schulhof der laufenden Grundschule am Blötterweg sind wir leider an erschreckender Ignoranz von Verwaltung und Ratsmehrheiten gescheitert. Wir hatten bei vielen Kämpfen wenig Unterstützung seitens der meisten Ratsfraktionen und auch nur ansatzweise Beachtung von den Medien, diese oft sogar nur feindlich. Doch wir ließen uns nicht beirren.

Ausgesuchte Beispiele aus 2016 zur Erinnerung:

Der gescheiterte Versuch, die VHS zu verlagern, um an das attraktive Grundstück zu kommen

Ende 2015 „zauberte“ der OB die Kaufhof-Investoren aus dem Hut, die „großzügig“ anboten, die VHS zukünftig in ihrem Neubau-Komplex unterzubringen. Im Jan. 16 sollte der Rat das entscheiden, ohne weitere Vorberatung in Fachgremien. In Windeseile und über die Ferien mobilisierten die MBI die BI „Erhalt unserer VHS in der MüGa“. Ein Bürgerbegehren war vorbereitet, um sofort nach einer Ratsentscheidung loszulegen. Kurz vor der BI-Sitzung sagte der Kämmerer in einem informellen Treffen die Pläne ab, angeblich weil zu teuer, real aber wegen dem drohenden Bürgerentscheid. Lange Zeit hatte die Stadt versucht, den Denkmalschutz für

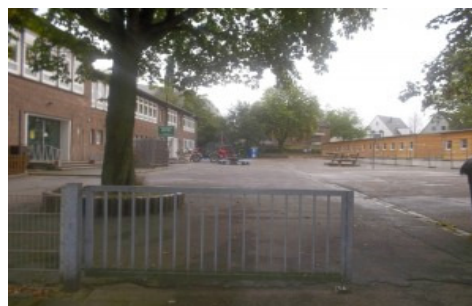
die einzigartige VHS zu torpedieren. Das hatten die MBI seinerzeit beim Landeskonservator beantragt und die obere Denkmalbehörde prüfte dies mit eindeutig positiver Stellungnahme. Im Feb. stellte sie die VHS unter vorläufigen Schutz, um der Stadt Mülheim erneute Ansätze zur Zerstörung zu erschweren. Im Juli kam dann die endgültige Anweisung, die VHS in die Denkmalliste aufzunehmen. Im Okt. stellte der ImmoService dann endlich Gelder für die VHS-Sanierung in 2017 bereit, die seit 2007 jedes Jahr aufs Neue blockiert worden waren! **Auch wenn es manchen Immobilienspekulanten und deren Hintermännern in den Parteien nicht passt:**



Unsere beliebte und gut aufgestellte VHS bleibt nun, wo sie ist! Gut so!

Die böse Geschichte mit dem Flüchtlingsdorf auf dem Schulhof der Grundschule Blötterweg

Am 26. April war die nachträgliche Bürgerinfoveranstaltung zum Flüchtlingsdorf auf dem Schulhof der laufenden Grundschule Blötterweg, das bereits im Bau befindlich war und im August mit ca. 170 Asylsuchenden belegt werden sollte. Viele Menschen waren gekommen. Dezernent Ernst erläuterte lang und breit die Mülheimer und deutschlandweite Flüchtlingspolitik, ohne auf das völlig indiskutable Projekt Blötterweg einzugehen. Einige Anwohner mussten dann selbst grundlegende Fakten nachfragen. Der erste, der sich meldete,



sagte aber bereits fast alles, als er beklagte, dass diese Veranstaltung nicht vor dem Beschluss standfand. Da alles bereits im Bau sei, wäre das eine Farce. Dann gab es hauptsächlich Beschwerden wegen der Baumaßnahmen. Der Großteil der Menschen schien sprachlos, aber mit z.T. großer Wut im Bauch, wie den Gesprächen vor- und nachher zu entnehmen war. Zur Erinnerung: Die MBI hatten mit Flugblättern, Alternativvorschlägen und Anträgen versucht, den Riesenfehler abzuwenden. Dafür wurden sie böse diffamiert und im Rat stimmten SPKDFUGrüne den MBI-Antrag nieder. Als absehbar war, dass die Flüchtlingswelle abflachte, stellten die MBI den Antrag im Rat, das schändliche Projekt im Paket der beschlossenen 8 Flüchtlingsdörfer wenigstens nach hinten zu stellen. Auch das wurde eiskalt abgelehnt nach einer schlimmen stundenlangen und vergifteten Diskussion zur Flüchtlingskrise. **Ein Flüchtlingsdorf auf dem Schulhof einer laufenden Grundschule ist immer unverträglich, egal wo! Bleibt nur zu hoffen und zu beten, dass nichts passiert!**

Nachnutzung Fallwerksgelände Jost noch in den Sternen? Auf Dauer wird die Stadt nicht umhin können, den abgelehnten MBI-Antrag doch umzusetzen durch einen B-Plan!

Der jahrzehntelang massiv störende schrottverarbeitende Betrieb Jost hat das Gelände an der Weseler Straße verlassen und ist zur Timmerhellstr. gezogen nach langjährigem Protest von BI und MBI. Falltürme, Betriebs- und Wohngebäude sind abgerissen, Schrottberge und -schere nach und nach umgezogen. Doch die Vermarktung des großen und spannenden Geländes an der Nahtstelle zwischen Industriegebiet Hafen und Broich/Speldorf ist nicht so einfach, auch weil über lange Zeit der unvollständig geschützte Boden im Wasserschutzgebiet hochgradig mit Schadstoffen belastet wurde. Dass Rat und Verwaltung dem MBI-Antrag zudem nicht folgen wollten, die Nachnutzung zusammen mit dem Umfeld in einem B-Plan zu gestalten, macht alles nicht einfacher, obwohl das Gelände bestens geeignet wäre sowohl für eine Erweiterung der nahen Hochschule, als auch zur verkehrlichen Verbesserung durch einen Stich über den Geländerand von Weseler zur Heer-/Duisburger Str.

Mülheimer Demokratiedefizite und die vernachlässigte, beliebte RS Broich: Es geht doch!

Der Rat beschloss am 28. Jan. mit 26:24 – also der winzigen Mehrheit von SPD+Grünen bei Fehlen von 2 CDU'ern und beiden Linken sowie der Enthaltung von Herrn Tuncer (Bündnis für Bildung) – den Katastrophen-Etat 2016 zusammen mit einem sog. „Haushaltsbegleitbeschluss“ von SPD+Grünen per Tischvorlage mit einer Fülle großer und kleinerer Haushaltspunkte. Damit war z.B. selbst die Sanierung der maroden Uralt-Container auf dem Gelände der RS Broich auf St. Nimmerlein verschoben worden. Das aber war dem Antrag nicht zu entnehmen. Viele Ratsmitglieder erfuhren erst Tage später aus der Zeitung, dass u.a. die RS Broich in der Prioritätenliste heraus gefallen worden war. Unabhängig von den Demokratiedefiziten im Mülheimer Stadtrat zeigten die nicht überraschenden, sehr hohen Anmeldezahlen für die RS Broich, dass akuter Handlungsbedarf bestand, egal was wie und warum Ende Jan. beschlossen wurde. Die MBI stellten deshalb einen Antrag für den



Rat im März, unverzüglich die RS Broich in der Prioritätenliste wieder nach oben zu setzen. Der Antrag wurde verschoben und dann abgelehnt. Die RS Broich startete große Hilferufe per Brief, Postkarten u.v.m. wegen ihrer akuten Raumnot. Die MBI beantragten deshalb dringende Interimslösungen für die vernachlässigte Schule. Kurz bevor darüber

entschieden werden konnte, präsentierte die Stadt einen Supergau für die Schule, dass nämlich alle Fassadenplatten entfernt und erneuert werden müssten, „Zufällig“ hatte gerade die Landesregierung 3 Mrd. als Wahlkampfhilfe zusätzlich für Schulsanierung angekündigt und siehe da: Die Stadt von Ministerpräsidentin Kraft hat nun **die Realschule Broich als oberste Priorität eingestuft. Es geht also doch! Leider nur nicht geradeaus!**

Mülheim 2017: Augen zu und schnurstracks in die Sackgasse?!

Schwerwiegende Probleme haben sich aufgetürmt in Mülheim/Ruhr: Eine Innenstadtkrise, auch als Folge von Ruhrbania, ebenso die missratene Verkehrsführung, dazu ein perspektivloses ÖPNV-Konzept trotz jahrelanger Dauerdiskussion inkl. inflationärer Gutachteritis, und über allem eine nahezu hoffnungslose Haushaltskatastrophe, nicht zuletzt auch durch die viel zu engen Bindungen an das abstürzende RWE, weitaus größer als bei allen anderen RWE-Städten. Doch bisher wollten



die Mülheimer Verantwortlichen sich durch nichts von ihrem Kurs in die Sackgasse abbringen lassen. Gesundheitsbetriebe, immer neue Projekte, immer neue Baustellen als Flucht nach vorne trotz der vielen Scherbenhaufen. **Da kam die Flüchtlingskrise gerade recht als willkommenes Ablenkungsmanöver und eine Art Konjunkturprogramm auf Pump in der Erwartung vieler Millionen von Land und Bund.** Zwar versuchen Politik und WAZ-Konzern vorzugaukeln, dass „Weitermachen wie gehabt“ noch funktionieren könne. Doch das wird aus vielerlei Gründen auch mit noch mehr Landeshilfen nicht mehr lange gut gehen! Im folgenden einige Schwerpunkte dessen, was überfällig ist und seit längerem von den MBI

immer wieder angemahnt wird, unabhängig von anstehenden Landtagswahlen und zugehörigen Wahlgeschenken.

- ◆ **Das erbärmliche Gehampel um die ÖPNV-Zukunft muss beendet werden! Ministerium und RP müssen die Federführung übernehmen und die Ruhrstädte zur Fusion ihrer Verkehrsgesellschaften zwingen, zuerst im westlichen Ruhrgebiet (DU, MH, E und OB!). Das beschämende Scheitern selbst der halbherzigen VIA darf sich nicht wiederholen! Die Fusion von MVG mit EVAG ist ein richtiger kleiner Schritt, was aber daraus wird, ist noch unklar. Dass Mülheim just den Kämmerer, der die Stadt in den Bankrott manövriert hat, zum Geschäftsführer der fusionierten Gesellschaft hochbefördert hat, läßt wenig Gutes befürchten! Der gesamte unausgelegene Nahverkehrsplan muss dringend völlig überarbeitet und korrigiert werden, und zwar in Kooperation mit Essen, Duisburg und Oberhausen. Der neue 15-Minutentakt der Bahnen wird nicht haltbar sein, die 901 muss zur Hochschule mindestens stundenweise auf 10-Minutentakt gehen, diverse geänderte Buslinien sind Murks und bedürfen der Verbesserung (128, 130, 134, 753), die Linie 132 muss wieder eingeführt werden und, und, und**
- ◆ Die extreme RWE-Abhängigkeit muss verringert werden, soweit noch möglich, nachdem mit dem medl-Vertrag auch noch der RWE-Anteil am SWB und die Stromkonzession auf viele weitere Jahre verlängert wurden! Das bisherige krampfhaftes Festhalten an den RWE-Aktien musste in 2017 notgedrungen zumindest teilweise in Verkaufsoption geändert werden, weil der Konzern sich aufgespalten hat. Aber auch in vielen anderen Sektoren wie RWW, medl, SWB, Stromnetz, Straßenbeleuchtung, Sportsponsoring usw. muss Mülheim unabhängiger vom RWE werden.
- ◆ **Selbstbedienungsmentalität und Misswirtschaft in Serie müssen eingedämmt werden! Es sind nicht nur die üppigen Gehälter in den städtischen Beteiligungen, der Fall Rinas hat auch einen unvorstellbaren Sumpf in diversen Korruptionsnetzwerken offenbart.**
- ◆ Bei Immobilienspekulanten herrscht Goldgräberstimmung. Aktuell gibt es 2016 viele Beispiele insbesondere in den grünen oder den Außenbereichen von Mülheim, wo Pläne geschmiedet werden für immer neue Bebauung, meist für Luxuswohnungen, ob am Auberg, an der Mendener Str., Selbeck oder, und. Auch Bauprojekte, die vor Jahren aus diversen Gründen nicht umsetzbar waren, werden jetzt erneut ins Auge gefasst. So z.B. die Bebauung des Ackers fast im Außenbereich zwischen Tinkrath-, Velauerstr. und Diepenbeck, wo im Übrigen große Bergbauschäden existieren.
- ◆ **Die gesamte Schulpolitik muss auf den Prüfstand, um bei der rasant gestiegenen Kinder- und Schülerzahl und der drohenden Überforderung der Bildungseinrichtungen durch unausgelegene Inklusionsvorgaben des Landes und Riesenprobleme durch die Masse an Seiteneinsteigern durch die Zuwanderung nicht in Abwärtsstrudel zu geraten. Eine Neuauflage der Schulentwicklungsplanung ist akut und überfällig!**
- ◆ „Natürlich“ muss auch in Mülheim die Flüchtlingsdebatte auf den Boden der Realitäten zurückkehren und auch die Alteingesessenen und vorher Zugewanderten mit einbeziehen.

Doch Land- und Bundestagswahlen werden leider 2017 alles überlagern!

Einlegeblatt

Die Sicherheitsfrage wird bei den Wahlen 2017 in NRW und im Bund eine zentrale Rolle spielen. Die Folgen einer romantisierenden, weltfremden Einwanderungspolitik werden uns alle noch länger in Atem halten. Im folgenden ein interessanter Artikel zu 2016 und möglichen Lehren daraus aus einer unabhängigen, weniger ideologisierten Sicht als häufig in den Medien anzutreffen.



Alexander Kissler am 30. Dezember 2016 in Cicero:

Sechs Lehren aus 2016: **Wir leben in schizophrenen Zeiten**

2016 war ein schwieriges, ein schlimmes Jahr. Die Lektionen, die es bereithält, können für ein besseres 2017 sorgen. Ein persönlicher Rück- mit Ausblick

Drei Kreuze mache ich, wenn 2016, das Jahr der Ernüchterung, vorbei ist. Was mit Übergriffen auf der Kölner Domplatte begann und mit dem islamistischen Anschlag auf einen Berliner Weihnachtsmarkt endete, kann kein gutes Jahr gewesen sein. Es war ein Jahr, das von Kontrollverlust und Staatsversagen ebenso geprägt war wie von einem schleichenden Verlust der Selbstachtung. Sechs wichtige Lektionen für ein gelingendes 2017 hält es bereit.

1. Grenzen sind notwendig

Wir leben in paradoxen Zeiten. Einerseits werden Grenzen vehement eingeklagt, andererseits diffamiert, oftmals von denselben Akteuren. Die guten Grenzen sind in dieser verquerten Optik die Grenzen des Meinens und Sagens, die bösen Grenzen jene zwischen Ländern. Immer enger soll der Korridor dessen werden, was als gesellschaftlich erwünscht und politisch hilfreich gilt; immer rigider wird auf eine scharfe Grenze zwischen Meinung und Hassrede, Politik und Populismus gedrängt, wobei leicht das Eine mit dem Anderen und das Tolerable mit dem Staatskonformen verwechselt wird. Gleichzeitig wird das Lob der Grenzenlosigkeit gesungen. Keine Grenzen soll es geben zwischen Deutschland und Österreich, Österreich und Italien, der EU und den sie umgebenden Meeren, zwischen Mein und Dein, dem Eigenen und dem Fremden, den Religionen und Kulturen. **Welch törichter Tausch:** Wo Liberalität gefragt wäre, im Binnenverhältnis der Bürger untereinander und zwischen Bürger und Staat, da wächst die Herrschbegierde, da legt man der Freiheit Fesseln an. Und wo es Grenzenbewusstsein braucht, um nicht in die Verantwortungslosigkeit abzugleiten, da feiern weite Teile von Politik, Medien, Gesellschaft das Vage. Jedes Gemeinwesen, jedes Individuum kann aber nur dann verantwortungsvoll handeln und ist nur dann keine Gefahr für andere Individuen, wenn es seine Grenzen kennt. Jeder Nachbar hat einen Anspruch darauf zu wissen, wo seine eigene Verantwortung endet und die des Nächsten beginnt. Ohne Grenzen darum keine Freiheit, ohne Grenzen keine Sicherheit, ohne Grenzen kein selbstbestimmtes Handeln. Wir leben in paradoxen Zeiten? Wir leben in schizophrenen Zeiten.

2. Deutschland übernimmt sich

In 2016 werden sich die Kosten für Flüchtlinge, für legale und illegale Migranten auf rund 20 Milliarden Euro belaufen. Auch für ein Land wie Deutschland mit derzeit sehr stabiler Konjunktur ist das eine gewaltige Summe. Davon abgesehen, dass auf jeden Boom eine Talsohle, auf jeden Aufschwung eine Rezession folgt: Es ist Geld, das von den Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen hierzulande erwirtschaftet worden ist, kein Stiftungsvermögen einer Privatorganisation für angewandte Philanthropie. Der "humanitäre Imperativ", auf dem die Migrationspolitik der Merkel-Administration fußt, ist ein ungedeckter Wechsel auf die Zukunft. Geld, von der heutigen Generation erwirtschaftet, wird der zukünftigen Generation entzogen. Diese 20 Milliarden Euro Volkvermögen fehlen andernorts. Sie verringern die sonst drastisch eingeforderten finanziellen Spielräume. Und sie sind nach Lage der Dinge keine Einmalinvestition. Im Jahr 2015 verzeichnete das Bundesinnenministerium mit 2,14 Millionen Zuzügen die höchste Zahl seit Beginn der statistischen Aufzeichnungen anno 1952. 2016 hat sich der Trend kaum abgeschwächt. Die fiskalische Unwucht nimmt zu. Die finanzielle Stabilität gerät ins Wanken.

3. Deutschland ist ein schlechter Gastgeber geworden

Dem islamistischen Anschlag auf den Berliner Weihnachtsmarkt fielen zwölf Menschen zum Opfer, darunter eine Israelin, eine Italienerin, ein Pole, ein Tscheche, ein Ukrainer. Mithin waren fast die Hälfte der Gemordeten keine Deutschen. Im April wurden bei einem islamistischen Attentat in Essen drei Teilnehmer einer indischen Hochzeit verletzt. Und der junge Islamist und Flüchtling, der im Juli in einem Regionalzug bei Würzburg mit der Axt um sich schlug, verletzte vier Mitglieder einer Familie aus Hongkong auf bestialische Weise. Die Würzburger Überlebenden lagen bis November zum Teil im Koma.

b.w.

Der Bild-Journalist Ralf Schuler schreibt dazu in seinem Blog: *"Leider hat außer der Bayerischen Landtagspräsidentin Barbara Stamm (CSU) kein deutscher Politiker in den vier Monaten seit dem Attentat die Zeit gefunden, die Familie zu besuchen und das Mitgefühl jenes Landes auszudrücken, in dem die Familie heimtückisch von einem Attentäter während einer Bahnfahrt überfallen wurde. Es gab keine Selfies und kein Bedauern, dass man sie nicht habe schützen können."* Er schließt: *"Ich schäme mich."*

Wie aus einer versunkenen Welt scheint heute der Slogan der Fußballweltmeisterschaft 2006 in Deutschland, "die Welt zu Gast bei Freunden". Heute ist die Welt noch immer gerne zu Gast, sind die allermeisten Deutschen offen und herzlich geblieben, doch die Wahrscheinlichkeit, aus dem Urlaub in Deutschland nicht heil zurückzukehren, ist gestiegen, nicht unermesslich, aber wahrnehmbar. Wie über diesen Skandal geschäftsmäßig hinweggegangen wird, gibt alten Gerüchten über das "kalte deutsche Herz" neue Nahrung. Dass die Gemordeten vom Breitscheidplatz keiner offiziellen Gedenkveranstaltung für würdig erachtet werden, passt dazu.

4. Deutschland verändert sich - und nicht zum Guten

Vier Meldungen von zwischen den Jahren: Im Kölner Hauptbahnhof muss eine Buchhandlung demnächst der Bundespolizei weichen, "die verschärfte Gefahrenlage beginnt die Bahnhöfe zu verändern". Ebenfalls in Köln, wo es an Silvester 2015 massenhafte sexuelle Übergriffe durch vorwiegend nordafrikanische Migranten gab, wird die Präsenz der Sicherheitskräfte an Silvester 2016 verzehnfacht - von 150 auf über 1500. Die Brandenburger Polizei gab den Ankauf neuer Sturmgewehre, Maschinenpistolen und Schutzausrüstungen für zusätzlich drei Mio. Euro bekannt, die Terrorgefahr verlange es. Und der Bundesinnenminister bekundete stolz einen "historisch einzigartigen Personalzuwachs bei den Sicherheitsbehörden".

Historisch einzigartig ist nicht nur die Gefährdungslage im Zeitalter eines dschihadistischen Weltkriegs gegen den Westen. Historisch einzigartig war auch die Verblendung, man könne mit einem freundlichen Gesicht dafür sorgen, dass nur freundlich gesonnene Menschen die Einladung zum Grenzübertritt annehmen.

Wenn Deutschland sich heute in einen Hochsicherheitstrakt mit vielen blinden Flecken verwandelt, ist das auch hausgemacht, was weniger dramatisch ausfiel, wäre die Notwendigkeit eines vernünftigen Grenzenbewusstseins weniger gründlich geleugnet worden. **Statt der Außengrenzen werden nun innerstädtische Plätze mit Maschinengewehren geschützt.** Selbst der Kölner Dom erfährt die Verwandlung in eine Kriegskulisse, obwohl dessen Bischof unverdrossen das Heil der Welt per programmatischer Grenzenlosigkeit verspricht.

5. Mit den Migranten kamen auch Kriminelle

Diese Erkenntnis kann nur den oder die überraschen, wer über die "herrschende Schwärmerei für Migranten" (Frank A. Meyer) den gesunden Menschenverstand vergisst. Der "edle Wilde" war eine romantische Schwärmerei des 18. Jahrhunderts, wie es heute die Mär vom immer nur bereichernden Einwanderer ist. Die Zahlen sprechen eine klare Sprache. Laut polizeilicher Statistik war im Jahr 2015 "der Anteil tatverdächtiger Ausländer mehr als doppelt so hoch wie ihr Anteil an der Bevölkerung". Abgeschmackt ist da der Hinweis, auch die Deutschen seien keine Engel. Natürlich nicht. Man müsse nicht aus Syrien oder Libyen stammen, um Obdachlose anzünden zu wollen. Stimmt. Doch sollen darum Menschen unkoordiniert und unkontrolliert ins Land gelassen werden, die die Zahl der Straftaten erhöhen? Haben wir Nachholbedarf an Kriminalität? Muss Hinterzarten an das Risikoniveau von Beirut geführt werden? München an das von Kabul? Und angesichts des religiösen Herkommens der meisten Migranten muss auch diese Frage erlaubt sein: Tut der Islam Europa gut?

6. Vielfalt ist kein Wert an sich

Das postmoderne Motto „Lasst viele Blumen blühen“ hat noch immer seine Berechtigung, sofern damit ästhetische oder philosophische Debatten gemeint sind. Den einen Weg zur Erkenntnis gibt es ebenso wenig wie die mehrheitsfähige Einsicht in das Wesen der Schönheit. Eine Gemeinschaft der Denker und Künstler ist umso lebendiger, von desto mehr Ideen sie sich anregen lässt. In Politik und Gesellschaft verhält es sich anders. Da genügen rein quantitative Kriterien in den seltensten Fällen, sondern die Mischung der Bestandteile, welche sich fragen lassen müssen, was sie zu einem gedeihlichen Miteinander beizusteuern bereit sind. Die gegenwärtige Politik einer Zehnprozentpartei wie der Grünen durfte sich zum Sicherheitsrisiko auswachsen, weil sie sich dogmatisch gegen die Zumutungen der Wirklichkeit sperrt. Gruppen, die vor allem die rohen Sitten ihrer Herkunft importieren wollen, sind zudem keine willkommenen Gäste.

Destruktion hat nicht dasselbe Daseinsrecht wie Integration. Sonst wird aus der vermeintlichen Achtung des anderen der Verlust der Selbstachtung.

Schließen möchte ich mit einer Hoffnung: Der Mensch kann lernen. Und aus Lernen kann Wandel erwachsen, Wandel zum Guten. Selbstkritik adelt jeden freien Menschen. So wünsche ich uns ein ganz neues Jahr 2017.